

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010
– Drucksache 14/6138**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder-
und Kurverwaltung Baden-Württemberg und ihre Betei-
ligungen an Bäder- und Kurunternehmen“**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

- I. von der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010 – Drucksache 14/6138 – Kenntnis zu nehmen;
- II. die Landesregierung zu ersuchen,
 1. weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, die Jahresfehlbeträge bei der Staatsbad Wildbad Bäder- und Kurbetriebsgesellschaft mbH, der Kurverwaltung Bad Mergentheim GmbH und der Badenweiler Thermen- und Touristik GmbH unter Beachtung der betrieblichen Erfordernisse nach Möglichkeit zu verringern;
 2. für den Standort Bad Wildbad gemeinsam mit der Stadt und ggf. mit umliegenden Gemeinden nach dem Vorbild der BKV-Reform eine weiterführende Neuorganisation zu prüfen, die die Stadt und die Leistungsträger vor Ort stärker in die Verantwortung nimmt und der Stadt ggf. im Gegenzug die Möglichkeit zu Ausgleichszahlungen eröffnet;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis zum 30. Juni 2011 zu berichten.

12.05.2010

Der Berichterstatter:

Dr. Nils Schmid

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Ausgegeben: 07.06.2010

1

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/6138 in seiner 63. Sitzung am 12. Mai 2010.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, zur Beratung liege noch ein Antrag von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP vor (*Anlage*).

Eine Abgeordnete der FDP/DVP erklärte zu diesem Antrag, ihre Fraktion sehe es als Daueraufgabe an, im Bereich der Bäder- und Kurunternehmen auf Wirtschaftlichkeit zu achten. Ferner gebe die FDP/DVP die Hoffnung nicht auf, dass sich in diesem Sinn auch für den Standort Bad Wildbad eine Lösung finde, die die Verantwortlichen vor Ort noch stärker einbinde.

Ein Abgeordneter der Grünen brachte vor, die Landesregierung schreibe in ihrer Mitteilung im Zusammenhang mit einem von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten:

Die dargestellten wirtschaftlichen Effekte zeigen, dass die in die Staatsbäder fließenden Zuschüsse des Landes einen ganz entscheidenden Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region darstellen ...

Seines Erachtens sei dies in dem Gutachten aber nicht belegt. Er bitte um eine Erklärung, wo dies stehe.

Aus dem vorliegenden Bericht lasse sich durchaus ein Lob für das ableiten, was am Standort Badenweiler erreicht worden sei. Seine Fraktion begrüße insbesondere, dass sich durch Contractingverträge die Energiekosten deutlich hätten vermindern lassen.

Auf Seite 5 des Berichts beziffere die Landesregierung den jährlichen Bruttoumsatz in den Staatsbädern auf 605,5 Millionen €. Drei Absätze weiter werde die Umsatzsteuer aus diesem Betrag mit 14,56 Millionen € angegeben. Dies halte er angesichts eines Umsatzsteuersatzes von 19 % für einen sehr geringen Betrag. Er bitte auch hierfür um eine Erklärung.

Der zur Sitzung eingebrachte Antrag der Regierungsfractionen sei unverbindlich. Darin würden zwar Ziele, aber keine konkreten Termine genannt, und dies in Zeiten, in denen gespart werden müsse und die öffentlichen Haushalte zu sanieren seien. Deshalb wiederhole seine Fraktion den Antrag, den sie bereits bei der ursprünglichen Behandlung der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs, Drucksache 14/1945, in der Finanzausschusssitzung am 6. März 2008 gestellt habe. Der Antrag laute wie folgt, wobei er Abschnitt I nun auf die aktuell aufgerufene Drucksache beziehe und das Berichtsdatum am Schluss anpasse:

Der Landtag wolle beschließen,

- I. von der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010, Drucksache 14/6138, Kenntnis zu nehmen;*
- II. die Landesregierung zu ersuchen,*
 - 1. darauf hinzuwirken, dass entsprechend den Empfehlungen des Rechnungshofs*
 - a) die finanzielle Förderung der Stadt Baden-Baden mit dem Ziel einer mittelfristigen Entlastung des Landeshaushalts auf den Prüfstand gestellt wird*
und bis zum Jahr 2020
 - b) die BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg – aufgelöst und ihre Aktivitäten kommunalisiert bzw. privatisiert werden,*
 - c) die landeseigenen Bäderanlagen und Immobilien in Baden-Baden, insbesondere auch das Kurhaus, kommunalisiert bzw. privatisiert werden,*

- d) *die Landesbeteiligungen an den Unternehmen*
 - *Staatsbad Wildbad Bäder- und Kurbetriebsgesellschaft mbH,*
 - *Kurverwaltung Bad Mergentheim GmbH und*
 - *Badenweiler Thermen und Touristik GmbH**aufgegeben, kommunalisiert oder privatisiert werden,*
 - e) *die landeseigenen Bäderanlagen und Immobilien in Bad Wildbad und Badenweiler kommunalisiert bzw. privatisiert werden;*
2. a) *die vom Rückzug des Landes aus der Beteiligung an ihren Tourismuseinrichtungen betroffenen Kommunen bei der Umstellung/Kommunalisierung/Privatisierung und der neuen strategischen Ausrichtung ihres Tourismusgeschäfts und der damit verbundenen Neustrukturierung der Angebote und Einrichtungen zu unterstützen und*
 - b) *dafür für die Jahre 2009 bis 2020 einen zweckgebundenen Förderbetrag außerhalb der Tourismusförderung zur Verfügung zu stellen;*
3. *dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2011 zu berichten.*

Eine Abgeordnete der CDU betonte, das Finanzministerium habe auf der Grundlage von Gutachten den Istzustand der vier Staatsbäder transparent dargestellt. Für die damit verbundene erhebliche Arbeit spreche sie dem Ministerium ein Lob aus. Die gegenwärtige Situation, in der sich die vier Staatsbäder befänden, unterscheide sich voneinander. Vor allem in Badenweiler habe vieles zur Verbesserung des Bäder- und Kurbetriebs unternommen werden können. Bad Mergentheim wiederum sei in dieser Hinsicht auf einem guten Weg, während die größten Probleme noch in Bad Wildbad bestünden.

Gemäß Ziffer 2 des Antrags der Regierungsfractionen solle für den Standort Bad Wildbad eine weiter führende Neuorganisation nach dem Vorbild der BKV-Reform in Baden-Baden geprüft werden. Zumindest auf kommunaler Ebene sei die damalige Reform ursprünglich sehr umstritten gewesen. Dass sie nun als vorbildlich betrachtet werde, halte sie für erfreulich. Den angesprochenen Weg könne auch Bad Wildbad durchaus beschreiten. Dabei ziehe sich das Land aus dem operativen Geschäft zurück. Allerdings bedürften wohl alle vier Staatsbäder weiterhin zusätzlicher Hilfen durch das Land. Insofern lehne die CDU den Antrag der Grünen genauso wie vor zwei Jahren ab.

Der Berichterstatter bemerkte, es läge sicher im Sinne des Finanzministeriums und würde auch der Arbeit des Finanzausschusses dienen, wenn sich der sogenannte Bäderbericht mit dem Bericht zusammenführen ließe, der gemäß dem vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen erstattet werden solle. Damit sei auch gewährleistet, dass die Frage im Blick bleibe, wie es mit der BKV und ihren Beteiligungen an Bäder- und Kurunternehmen weitergehe.

Wie die Mitteilung der Landesregierung zeige, seien die durch den Tourismus erzielten wirtschaftlichen Effekte in den Staatsbädern beachtlich. Daher sei es auch gut, bei der Betrachtung der angesprochenen Landesbeteiligungen die Gesamtzusammenhänge im Blick zu behalten. Zwar könne immer über einzelne Zahlen gestritten werden, doch gehe es um einen erheblichen Wirtschaftsfaktor. Das Engagement des Landes sei auch strukturpolitisch nützlich.

Zum anderen lasse sich in dem Bericht feststellen, dass sich in der Tat vor allem in Badenweiler Verbesserungen ergeben hätten. Auch sei eine Reihe von Anregungen des Rechnungshofs aufgegriffen worden.

Bad Wildbad bilde unter den Staatsbädern den schwierigsten Fall. Er bitte diesbezüglich um Auskunft, wie sich der aktuelle Stand darstelle und ob ein „Ende des Tunnels“ erkennbar sei. Der Wirtschaftsausschuss des Landtags habe wohl seine Zustimmung dazu erteilt, dass die Erneuerung der Sommerbergbahn aus Landesmitteln gefördert werde.

In Bad Mergentheim stelle sich die Situation besser dar. Das Land habe der Stadt im Hinblick auf die Erholungs- und Freizeitpark Bad Mergentheim GmbH (Solymar) ein Angebot unterbreitet. Einerseits sei im Einvernehmen mit der Stadt für einen guten Bäder- und Kurbetrieb in Bad Mergentheim zu sorgen, andererseits könne das Land angesichts seines historisch gewachsenen Engagements nicht unbesehen mit jeder Entwicklung einverstanden sein. Ihn interessiere der aktuelle Stand in Bad Mergentheim.

Der Antrag der Regierungsfractionen beinhalte im Prinzip das, was schon in der Mitteilung der Landesregierung stehe. Doch sei es auch nicht besonders zielführend, wenn die Grünen einen zwei Jahre alten Antrag erneut einbrächten, nachdem die Diskussion inzwischen erheblich fortgeschritten sei und neue Erkenntnisse vorlägen. Er halte es für einen Irrglauben, durch Privatisierung und Kommunalisierung lasse sich die Situation in den Staatsbädern verbessern. Der Bericht verdeutliche, dass auch in der Mitträgerschaft des Landes Verbesserungen möglich seien. Abgesehen davon erschiene es ihm fraglich, dass sich schnell ein privater oder kommunaler Betreiber fände. Er weise nur zu Baden-Baden darauf hin, dass Land und Stadt eine Rahmenvereinbarung geschlossen hätten. Insofern könne das Land nicht einfach aus dem Betrieb von Staatsbädern aussteigen.

Er erachte es als richtig, dass sich der Finanzausschuss regelmäßig berichten lasse und darauf dränge, dass die Jahresfehlbeträge bei den betreffenden Bäder- und Kurunternehmen weiter verringert würden. Doch werde es keinen Weg geben, über den sich alle Probleme von heute auf morgen lösen ließen.

Ein Vertreter des Finanzministeriums lege dar, es gehe darum, Solymar, an dem das Land mittelbar beteiligt sei, zu ertüchtigen. Dazu finde gegenwärtig ein wettbewerbliches Dialogverfahren statt, das kurz vor dem Abschluss stehe. Main-Tauber-Kreis und Land wollten aus Solymar aussteigen und sich mit der Stadt darauf einigen, dass sie alleiniger Träger werde. Die Stadt habe noch nicht entschieden, ob sie den Betrieb dann selbst übernehme oder privatisiere.

Auf Nachfrage des Berichterstatters fügte er hinzu, die diesbezüglichen Verhandlungen liefen noch. Stadt und Landkreis hätten weiteren Gesprächsbedarf. Das Land verfolge jedoch das Ziel, dass sich die Kurverwaltung von ihrer Beteiligung an Solymar trenne.

Er fuhr fort, die Kurverwaltung Bad Mergentheim sei sehr darum bemüht, die Kosten deutlich zu senken. Neben vielen anderen Maßnahmen, die sich auch auf den Verwaltungsbereich erstreckten, sei beispielsweise zum Ende dieses Jahres das Kurorchester gekündigt worden. Die Kurverwaltung wolle die Kurmusik nicht aufgeben, sondern über Agenturen auch die Bewerbung von privaten Orchestern ermöglichen.

Mit Blick auf die Neustrukturierung in Bad Wildbad nehme ein Wirtschaftsprüfer gerade eine Kostenstellenrechnung vor, um genau zu ermitteln, in welcher Höhe wo Verluste anfielen.

Der Abgeordnete der Grünen habe eingangs auf ein Gutachten der Landesregierung verwiesen und erklärt, daraus könne er nicht erkennen, dass die in die Staatsbäder fließenden Zuschüsse des Landes in gewisser Weise gut angelegt seien. Die Gutachter führten aus, dass in der ersten und zweiten Umsatzstufe ein Einkommen von insgesamt 300 Millionen € durch den Tourismus generiert werde. Dies entspreche einem Beschäftigungsäquivalent von knapp 12.000 Personen. Diese Zahlen belegten, dass die Zuschüsse des Landes für die teilweise strukturschwachen Regionen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisteten. Ohne die Infrastruktureinrichtungen, die das Land bereitstelle, stünde es um die Staatsbäder deutlich schlechter. Die von dem Abgeordneten der Grünen im Übrigen erbetene Erklärung für die geringe Höhe der Umsatzsteuer aus dem Betrag von 605,5 Millionen € werde er schriftlich nachliefern.

Die Abgeordnete der FDP/DVP äußerte, der Vorschlag des Berichterstatters, die Berichterstattungen zusammenzuführen, erscheine ihr sehr sinnvoll. Sie frage, wann der nächste Bäderbericht zu erwarten sei.

Der Vertreter des Finanzministeriums gab bekannt, das Finanzministerium habe die Mitteilung, die es dem Landtag nun zum 31. März 2010 vorgelegt habe, an sich als Bäderbericht verstanden. Gemäß dem Antrag der Regierungsfractionen

sei über das Veranlasste bis zum 30. Juni 2011 zu berichten. Er rege an, zu diesem Termin in der gleichen Ausarbeitung auch den Bäderbericht mit abzugeben.

Der von dem Abgeordneten der Grünen mündlich vorgebrachte Antrag wurde sodann mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von CDU und FDP/DVP hingegen (*Anlage*) stimmte der Ausschuss bei einer Gegenstimme mehrheitlich zu.

07.06.2010

Dr. Nils Schmid

Anlage

zu TOP 4
FinA 63./12.05.2010

Landtag von Baden-Württemberg **14. Wahlperiode**

Antrag
der Abg. Manfred Groh u. a. CDU und
der Abg. Heiderose Berroth u. a. FDP/DVP

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010
– Drucksache 14/6138

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder- und Kurver-
waltung Baden-Württemberg und ihre Beteiligungen an Bäder- und
Kurunternehmen“

Der Landtag wolle beschließen,

- I. von der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010 - Drucksache 14/6138 - Kenntnis zu nehmen;
- II. die Landesregierung zu ersuchen,
 1. weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, die Jahresfehlbeträge bei der Staatsbad Wildbad Bäder- und Kurbetriebsgesellschaft mbH, der Kurverwaltung Bad Mergentheim GmbH und der Badenweiler Thermen- und Touristik GmbH unter Beachtung der betrieblichen Erfordernisse nach Möglichkeit zu verringern;
 2. für den Standort Bad Wildbad gemeinsam mit der Stadt und ggf. mit umliegenden Gemeinden nach dem Vorbild der BKV-Reform eine weiterführende Neuorganisation zu prüfen, die die Stadt und die Leistungsträger vor Ort stärker in die Verantwortung nimmt und der Stadt ggf. im Gegenzug die Möglichkeit zu Ausgleichszahlungen eröffnet;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis zum 30.06.2011 zu berichten.

Stuttgart, 12. Mai 2010

Abg. Groh u. a. CDU

Abg. Berroth u. a. FDP/DVP